



Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, beim Handwerker-Hock in Herrischried. Links ist Felix Schreiner, der CDU-Kandidat für den Wahlkreis Waldshut.

FOTO: MICHAEL KRUG

„Der Kanzler hat die Kraft nicht mehr“

Rückkehr in heimische Gefilde: Thorsten Frei (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, ist in Herrischried aufgetreten. Der gebürtige Bad Säckinger forderte einen Politikwechsel, den der jetzige Kanzler nicht mehr hinbekomme.

■ Von Michael Krug

HERRISCHRIED Hoher Besuch im kleinen Herrischried: Die CDU Hotzenwald hatte den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, geladen. Und der machte Station bei Farben Eckert. Frei bekannte, dass der Auftritt für ihn etwas Besonderes sei: Als gebürtiger Säckinger fühle er sich der Region immer noch verbunden. Felix Schreiner, der Kandidat für den Wahlkreis Waldshut, skizzierte die Rolle, die Thorsten Frei in der CDU einnehme als „denjenigen, der die Kohlen in die Lok schaufelt“, damit sie überhaupt fahren könne.

Und der legte gleich los. Man müsse sich doch fragen, was sich seit der letzten Bundestagswahl verbessert habe. Und da könne doch über alle Themen hinweg die Antwort nur lauten: nichts. Weder in der Wirtschaftspolitik noch beim Thema innere Sicherheit, weder bei der Infrastruktur noch bei den Energiepreisen. Weder bei Büro-

kratieabbau noch bei der äußeren Verteidigung. Der letzte SPD-Kanzler, der in einer ähnlich prekären Lage 2002/03 das Ruder mit der Agenda 2010 herumgerissen habe, sei Gerhard Schröder gewesen. „Der derzeitige Bundeskanzler hat diese Kraft aber nicht mehr“, ist Freis Fazit.

Strompreise, Steuerreform und Bürokratieabbau nannte Frei als größte Baustellen. 20.000 Bauvorschriften gebe es derzeit, im Jahr 1990 zur Zeit der Wende seien es noch 5000 gewesen. Man sei an dieser Stelle aber auch zum Teil selbst schuld. „Wir

**BUNDES
TAGS
WAHL**

2025



müssen wieder mehr Risiko wagen. Wir brauche nicht den übergriffigen Staat, der alles regelt, sondern wir brauchen den Staat, der die Rahmenbedingungen schafft.“ Auch die „Gutachteritis“ müsse man besser machen, die Verbandsklagen einschränken. „Es kann doch nicht sein, dass Vereine, die nur sieben, acht Mitglieder haben, Projekte mit ihren Klagen unendlich verzögern.“

Und auch bei der Unternehmenssteuer hinke Deutschland mit einem Prozentsatz

von rund 30 Prozent dem Rest hinterher. Es gebe jetzt landauf landab Berechnungen, wie viel die jeweiligen Parteiprogramme an Geld kosten. Dabei werde bei der CDU immer unterschlagen, „dass unsere Steuerreform der Unternehmenssteuer in vier Schritten bis 2029 geschieht“, sagte Frei. Und die CDU gehe davon aus, dass die Menschen das Geld auch wieder ausgeben, dass sie es investieren. So könne das benötigte Wachstum kommen. Das sei dringender denn je. „Beim Wirtschaftswachstum belegt Deutschland in der EU und in den G7-Staaten den letzten Platz.“

Strom koste so viel wie nie, „über die Hälfte entfallen auf Netzentgelte und die Stromsteuer“. Das müsse sich ändern, da sonst die schleichende Deindustrialisierung einsetze. Firmen wanderten ab, skizzierte Frei am Beispiel des Badarmaturenhersteller Duravit aus Hornberg, der in Kanada ein Werk eröffne. Und es müsse, so Freis Ansicht, wieder eine neue Form der Leistungsanerkennung her. „Wir Deutschen arbeiten 1345 Stunden im Jahr, das sind 200 Stunden weniger als die Schweizer. Wir müssen wieder mehr arbeiten, damit wir unseren Wohlstand halten.“

Ein besonderes Anliegen ist Frei die Asylfrage, in der er mit einem Aufsatz in der FAZ im Juli vergangenen Jahres schon einmal die Position der CDU skizzierte. Die Einbürgerung müsse der letzte Schritt einer gelungenen Integration sein. Man habe viele Fehler gemacht in der Migrationsfrage, gab Frei zu, jetzt müsse das Land aber

wieder die Kontrolle darüber haben, „was hier im Land passiert“. Man müsse das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindern, „klare Kante zeigen“ in der Asylpolitik. Die sichere Drittstaaten-Regelung sei der von der CDU favorisierte Weg in der Asyldebatte. Im Übrigen freue es ihn sehr, dass die CSU jetzt Freis Forderungen in ihr Programm aufgenommen habe.

Die CDU fordert die sofortige Öffnung der Albtalstraße

Die Schuldenbremse sei vonnöten, damit „nicht unsere Kinder und deren Kinder für unseren Wohlstand bezahlen“. Und dem „sehr pazifizierten Volk“ der Deutschen muss klar sein: „Die Bundeswehr muss wieder so stark sein, damit wir sie nie brauchen“, sagte Frei. Auch für die Region hatte er auf Anfrage deutliche Antworten. Zum Thema Albtalstraße sei klar: „Die CDU setzt sich für die sofortige Öffnung der Straße ein.“ Und bei der Hochrhein-autobahn sei es eben schwierig, in einem vergleichsweise engen Tal eine Autobahn zu bekommen, die allen Seiten gerecht werde.

Nach einhalb Stunden war der Vortrag des A-Polit-Promis vor rund 100 Zuhörerinnen und Zuhörern vorbei. Ein Dank an das Publikum, in dem auch Thorsten Freis Eltern saßen, dann warteten schon die Kollegen in Lörrach auf ihn.